



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21931 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIII/23 - 28. Januar 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Das Doppelspiel der CDU Die Entlarvung Von Gustav W. Heinemann, Innenminister a.D.	51
3 - 4	Österreich ging nicht auf Eitons Pläne ein Statt Neutralen-Konferenz nur Neutralisten-Treffen	67
5	Der Kennanplan in einem Leserbrief der "Zeit" Kennans "Kettenreaktion" geht weiter	41
6	O.H. Greve - Vorkämpfer für die Wiedergutmachung Zu seinem fünfzigsten Geburtstag	50
7	Reiseeindrücke eines USA-Senators Belehrung für die Kanzlerpartei	36

* * * * *

Das Doppelspiel der CDU

Von Gustav W. Heinemann, Innenminister a.D.

Die Bundestagsdebatte des 23. Januar endete mit einer politisch-moralischen Niederlage der CDU. Sie gesteht selber die völlige Desorganisation ihrer mehrheitsgewohnten und darum oft so überheblichen Mannschaft am Schlusse der Debatte ein. Weder der Kanzler noch seine Minister wussten noch zu erwidern. Umso lautstärker sind die nachträglichen Beschimpfungen der Oppositionssprecher in der CDU-Presse. Sie heben die doppelte Entlarvung der CDU nicht wieder auf.

Entlarvt ist das zwielichtige Spiel der CDU in ihrer Deutschlandpolitik, ihr Gerede von Wiedervereinigung bei fortgesetzter Tatenlosigkeit. Eine einzige der zahllosen von Dr. Dohler vorgebrachten Begebenheiten^{em} macht alles deutlich: Als Dr. Dohler im Januar 1954 anlässlich der Vierer-Konferenz nach Berlin kam, empfing ihn der jetzige NATO-Botschafter Blankenhorn (bekanntlich seit Jahren Dr. Adenauer's engster und seit Jahren von ihm vor einer Anklage durch die Staatsanwaltschaft in Sachen Strack geschützter Mitarbeiter) mit den Worten: "Sie brauchen keine Angst zu haben, es kommt nichts zustande." In der Tat, es waren auch auf der Berliner Konferenz die Karten von vornherein so gesteckt, dass keine Wiedervereinigung zustande kommen konnte!

Ich füge hier folgendes hinzu: Ein englischer Delegierter zur Berliner Konferenz gab damals seiner Verwunderung darüber Ausdruck, dass man auf der Konferenz nichts von einem Willen der Deutschen nach Wiedervereinigung verspüre. In Indien hätten die Engländer, so sagte er, gemerkt, was die Inder wollten, aber in Deutschland sei nichts davon zu merken, was die Deutschen wollten. Daraufhin hat damals der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland sozusagen in letzter Minute stellvertretend eine Adresse an die in Berlin versammelten

Aussenminister der vier Besatzungsmächte gerichtet und die Wiedervereinigung dringlich gefordert. Aber Herr Blankenkorn behielt recht, - es kam programmgemäss nichts zustande.

Entlarvt ist zum anderen das Doppelspiel der CDU mit Christentum und Kirche. Es trachte sie förmlich in helle Wut, dass ihr Warnungen von Synoden evangelischer Kirchen und Amtsträger vor atomarer Bewaffnung deutscher Armeen und vor einem Mitmachen in solcher Sache vorgehalten wurden. Sie schickte ihren stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Oberkirchenrat Cillien mit der Beschwerde vor, dass - man höre und staune - Religion nur Privatsache sei und kirchliche Erklärungen nicht in das Parlament gehörten! Als Antwort musste sie einstecken, dass das Christliche dann allerdings nur zum Stimmenfang in den Wahlversammlungen übrigbleibe! So entlarvt sich eine Partei, die sich - ohnehin zum steigenden Ärgernis für viele - betont "christlich" nennt, die in ihrer Wahlpropaganda die Mitglieder des Bundestages nach Christen und Nichtchristen oder angeblichen Nichtchristen scheidet und fortgesetzt das Christentum als politische Parole im Munde führt!

Es wird der CDU nicht gelingen, ihre tatenlose Deutschlandpolitik noch länger mit Wiedervereinigungsgerede zu bemänteln. Es wird der CDU nicht gelingen, ernsteste Sorgen zahlloser Menschen und dringliche Gewissensfragen mit dem Schlagwort "Panikmache" zum Schweigen zu bringen, mit der ihr Verteidigungsminister Strauss die Opposition abzuspeisen beliebt. Das atomare Wettrüsten wird in Deutschland nicht stattfinden! Möge die Bundesregierung das rechtzeitig begreifen und ihre Politik nicht noch länger auf falschen Voraussetzungen aufbauen.

Österreich ging nicht auf Titos Pläne ein

H.L. Wien - Ende Januar

Selten nach 1945 waren die Zuschauertribünen des österreichischen Parlaments - vor allem die der Diplomaten und der Auslandspresse - so dicht besetzt wie vor einigen Tagen. Bundeskanzler Raab gab seine Antwortnote an Bulgarien bekannt. Nicht diese Tatsache allein jedoch hatte das geschärfte Interesse wachgerufen. Hinter den Kulissen vielmehr hatte sich einiges anzubahnen begonnen gehabt, was hier im Parlament seinen Niederschlag hätte finden können. Die Vermittlerrolle Österreichs nämlich war acht Tage vor dieser Parlamentssitzung neuerlich zu Bedeutung gelangt. Tito, der sich augenblicklich isoliert fühlt - sein Kredit sowohl im Osten wie auch im Westen hat gelitten - war an den Ballhausplatz herangetreten, um ihn für eine Aktion zu gewinnen. Neutrale "und solche Staaten, die keinem Block angehören", sollten sich zu einer Konferenz zusammensetzen. Wenn möglich, sollte diese Konferenz in Wien stattfinden. Und, wenn möglich, sollte auch von Wien aus die Initiative erfolgen. Teilnehmen sollten daran etwa: Afghanistan, Burma, Indien, Jugoslawien, Ägypten und - um auch dem Westen Kompetenz zu bieten - Österreich, Schweden und die Schweiz.

Wien war von vornherein nicht abgeneigt. Zumal auch die Sowjets bedeutet hatten, dass sie es gerne sähen, wenn sich der Ballhausplatz einschaltete. Auch Macmillan hatte ermuntern lassen, vermittelnd einzugreifen. Zumal auch - und das war für Raab das Wichtigste - die jugoslawische Regierung ihre Bereitschaft hatte erkennen lassen, Vermögensverhandlungen aufzunehmen und Konzessionen an Österreich zu machen. Raab, ein gewiegter Realist, sah hier vor allem das "Geschäft". Bisher nämlich hatte Tito nur zwei Millionen rückerstatten wollen. Jetzt glaubte man sich auf 12 bis 15 einigen zu können. Vorabschlussleistungen liefen bereits. Wenn auch noch die Sowjets Konzessionen machten, die Ablösepflichten vielleicht verringerten... Eines nur stand dem entgegen: Dass man den Westen nicht vor den Kopf stoßen durfte.

Da plötzlich - und damit hatte man nicht gerechnet - schaltete sich die Auslandspresse ein. Zwei, drei der Wiener Korrespondenten hatten noch rechtzeitig Wind bekommen. Am nächsten Tag stand es in ihren Blättern. Die "New York Times", die "Neue Zürcher" und zahlreiche westdeutsche Zeitungen waren die ersten. Als auch der SPD-Pressedienst von Bonn aus den Plan publizierte, als sich in Wien die Franzosen und Amerikaner erzürnt und verbittert zeigten an Ballhausplatz, kam es - natürlich - zum

offiziellen Dementi. Kein Wort sei wahr, erklärte die ÖVP. "Ganz sicherlich habe der Bundeskanzler in diesem Zusammenhang keine offiziellen Gespräche mit ausländischen Diplomaten geführt". Niemand aber hatte das auch behauptet. Die Gespräche, die Raab mit Lapin geführt hatte, dem sowjetischen Botschafter in Wien, bei denen er letzteren sogar ein Bild übereignet hatte, einen kostbaren Lukas Cranach aus der österreichischen Nationalgalerie, die Gespräche waren natürlich nicht offiziell, sondern streng geheim und ganz vertraulich gehalten worden. Und schliesslich teilte dann noch das Dementi mit, dass die österreichische Regierung weder eine Konferenz der Neutralen plane noch daran teilzunehmen gedenke. In westlichen Diplomatenskreisen allerdings und selbst in einigen Zimmern des Aussenamtes war man sich klar darüber, dass hier nur eine Reaktion, nicht eine Haltung von vornherein Ausdruck gefunden hatte.

Vergeblich erwarteten dann auch die Auslandskorrespondenten und Diplomaten, die auf den Parlamentstribünen sassen, eine Stellungnahme entweder zur Sache oder zum Dementi. Nur das erklärte Bundeskanzler Raab: Dass Österreich an Ost-West-Gesprächen, "auf welcher Ebene immer sie auch zustande kommen mögen, brennend interessiert" sei. Und die Debatte-Redner der ÖVP versicherten, dass Österreich jedwede Initiative zur Vermittlung ergreifen werde, wenn es von beiden Seiten dazu aufgefordert würde. "Österreich", schrieb am nächsten Tag die "Tageszeitung", das Organ des Bundeskanzlers, "wird sich keiner auch formalen Initiative entziehen, wenn es alle Beteiligten wünschen. Der vertrauliche Gedankenaustausch über reale Möglichkeiten, die einen ersten Schritt zum Abbau der ungeordneten Verhältnisse in Mitteleuropa darstellen könnten, ist ein Gebot der Stunde".

Belgrad allerdings, das auf diese Entwicklung hin hatte zurückstehen müssen, liess über Syrien verlauten, dass, sollte eine Konferenz der Neutralen zustande kommen, Ägypten daran teilnehmen werde, Ceylon, Indien, Indonesien, Jugoslawien und Syrien. Von Österreich - nota bene - war nicht mehr die Rede.

Der Kennanplan in einem Leserbrief der "Zeit"

-dt. Einen nicht alltäglichen Leserbrief veröffentlicht die "Zeit" vom 23. Januar. Er erscheint unter der Überschrift "Kennans Kettenreaktion" und ist außer von Dr. James B. Conant (früher US-Botschafter in der Bundesrepublik) von fünfzehn weltbekannteren Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, hohen Beamten, Wissenschaftlern und Publizisten, sämtlich amerikanische Deutschland-Experten, unterzeichnet. Der zehn Absätze umfassende Brief lobt Kennan wegen seiner "stimulierenden Bemühungen um neue Lösungen" und zollt ihm "Anerkennung" und für die Brillanz seiner Darlegungen sogar "Bewunderung". Dies ästhetische Wohlgefallen an der Form hindert die Absender jedoch nicht, vom Inhalt der Kennanschen Pläne, wie sie selbst sagen, "schockiert" zu sein.

Kennan, sagen sie, wolle Deutschland neutralisieren. Von einem solchen Angebot aber könnten die Sowjets nur profitieren, und zwar sowohl dann, wenn sie es annehmen - weil dann die europäischen Verbündeten der USA das als erste Phase eines amerikanischen Rückzugs aus Europa betrachten würden, der sie allein auf sich selbst gestellt der Bedrohung durch die sowjetischen Divisionen aussetze -, als auch dann, wenn sie ablehnten, weil das bloße Angebot die auf den Pariser NATO-Vereinbarungen basierenden "Hoffnungen" zunichte mache. Ebenso wenig neu wie diese sind die übrigen Anti-Kennan-Argumente der sechzehn Briefschreiber, die offensichtlich keinen anderen Ausweg als die forcierte Rüstung wissen.

In ihrer Argumentation unterläuft ihnen nun aber zudem das Mißgeschick, sich selbst zu widersprechen. Sie sagen: "Der Westen besäße dann (nach dem Rückzug der Sowjets hinter die polnisch-russische Grenze; die Red.) nur noch die eine Möglichkeit, ihnen (den 174 sprungbereiten Sowjetdivisionen, die Red.) Widerstand zu leisten, nämlich die Drohung mit dem totalen Atomkrieg, eine Drohung, also, die mit jeder Steigerung der Zerstörungsgewalt der neuen Nation an Glaubhaftigkeit verliert". Und zum anderen: "Wenn es erst einmal einig ist, werden die Sowjets nicht hoffen können, Europa ohne das Risiko eines globalen Atomkrieges - den sie ebenso fürchten müssen wie wir - erobern zu können." Risiko, Drohung, globaler, totaler Krieg - wenn doch aber die Drohung mit dem "totalen Atomkrieg" an Glaubhaftigkeit verliert, wieso kann dann das Risiko des "globalen Atomkriegs" die Sowjets von irgendetwas abhalten? Das kommt davon, daß man sich zu sehr in strategische Probleme verstrickt. Die Verwirrung löst sich, sobald man davon ausgeht, daß global-totale atomare "Kriege" nicht nur "ein Risiko für die Sowjet" sind, sondern die fürchterlichste Drohung für alle Völker. * * * *

O. H. Greve - Vorkämpfer für die Wiedergutmachung

So oft es im Plenarsaal des Bonner Bundeshauses zwischen Regierung und Opposition hoch hergeht, wann immer ein Minister oder ein Redner der Regierungsparteien die Sozialdemokratie gehässig und demagogisch angreift und das Getümmel tobt, wie ein Peitschennieb knallt dann stets ein messerscharfer Zuruf von Otto Heinrich Greve zur Rednertribüne. Unter den fünf- hundertundneun Volksvertretern ist seine Stimme so wenig zu überhören, wie seine massig hohe Gestalt zu übersehen ist.

Dr. jur., Rechtsanwalt und Notar in Hannover, ist von ihm im Hand- buch des Deutschen Bundestages zu lesen, geboren am 30. Januar 1908 in Ros- stock, und es heisst von ihm weiter: "1936 Assessor, 1938 wegen politi- scher Unzuverlässigkeit aus dem Justizdienst entlassen". Zum dritten Mal ist er jetzt von den Wählern des Kreises Nienburg-Schaumburg Lippe in di- rektter Wahl in den Bundestag geschickt worden. Der sozialdemokratische Ab- geordnete Dr. Greve hat nichts zu verbergen; es zeugt für ihn und seine politische Erkenntnis, wenn er in Kürschner'schen Handbuch drucken liess: "Vor 1933 im Reichsvorstand der deutschen Jungdemokraten, Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, 1945/46 Mitglied der FDP".

1948 bereits stiess Dr. Greve zur Sozialdemokratischen Partei und wurde einer ihrer Vertreter im Parlamentarischen Rat zu Frankfurt/Main. Offenheit und Sauerkeit im politischen Willen sind die hervorstechend- sten Eigenschaften dieses demokratischen und sozialdemokratischen Haupte- gens, dem kein Paragraph seines soliden Fachwissens zum Zwirnfaden wird, über den sein Empfinden für Recht und Gerechtigkeit stolpert. Was Wunder, wenn ihn die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion zum Vorsitzenden des Wiedergutmachungs-Ausschusses für die Verfolgten und Ausgeplünderten des Dritten Reiches bestellte? Es sind wenige in der Bundesrepublik, die wie Greve mit soviel Überzeugungs, Kraft und Mut gegen einen Schöpfer und al- le Widerstände das Recht und die Pflicht der Wiedergutmachung an den Op- fern des Nazi-Regimes so verteidigt und zu einer ihrer Lebensaufgaben ge- stellt haben. Man muss Greve als Vorsitzenden des Wiedergutmachungs-Aus- schusses erleben, man muss ihn dort mit dem unwilligen Finanzminister, mit willigen oder böswilligen Bürokraten ringen, streiten oder in seinem Temperament explodieren gesehen haben, um zu würdigen, welches Verdienst dem sozialdemokratischen Ausschuss-Vorsitzenden im Kampf um die Wieder- gutmachung gebührt, der in Wahrheit nur die immer noch andauernde Ausein- andersetzung ist mit dem Hitler-Regime, der Kampf gegen die offenen, ge- gegen die verkappten oder verpuppten Unverbesserlichen von gestern innerhalb und ausserhalb der Änter. Es sind nur die Kurzsichtigen, die Au- gen haben und nicht sehen und sehen wollen, dass diese Wiedergutmachung der Gradmesser für die deutsche Demokratie ist, für das Ansehen und den Kredit des deutschen Volkes in der Welt.

Otto Heinrich Greve, dieser breit ausladende, zähe, hartnäckige und geniessende Optimist weiss es. Weit davon entfernt, Diplomat, Opportunist, Schlaumeier oder Wichtigmacher zu spielen, ist er ein auf sein Ziel schnurstraks steuernder Kapitän und Kämpfer, unter dessen robuster Gestalt ein empfindsames Herz schlägt für Recht und Unrecht.

Wenn Otto Heinrich Greve drei Feinde hat, dann sind es: Nazismus, Nationalismus und Bürokratismus mit all ihrem Übermut, ihrem Rassen- und Klassendünkel. Unsommer Freunde hat er unter uns.

Jakob Altmaier

Reiseeindrücke eines USA-Senators

sp- Der Vorsitzende des Aussenpolitischen USA-Senatsausschusses, Senator Theodore Green, hatte eine zweimonatige Erkundungsfahrt nach Westeuropa unternommen, die ihn auch in die Bundesrepublik führte. Senator Green fiel, als einem klugen und aufmerksamen Beobachter, der mit allen Schichten der Bevölkerung in Berührung kam, auf, dass in der Bundesrepublik ein "politisches Widerstreben" gegen eine schnelle deutsche Wiederbewaffnung vorhanden ist. Er macht für die antimilitaristische Tendenz bei "einigen Deutschen" zumindest teilweise die Besatzungspolitik der USA und anderer Alliierten unmittelbar nach dem Kriege verantwortlich, gleichzeitig warnt er jedoch davor, diese Haltung als antiwestlich oder auch nur neutralistisch zu kennzeichnen.

Welch ein wahres Wort! Die Gegner einer Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen werden dies als Gerugtung empfinden, weil dieses Wort gerade von einem Amerikaner ausgesprochen worden ist. Ein grosser Teil der von der Regierungspropaganda beeinflussten und von ihr gelenkten Presse diffamiert den Widerstand gegen die Rüstungspolitik der Bundesregierung als Ausdruck einer antiwestlichen oder neutralistischen Gesinnung, um damit bewusst in befreundeten Ausland Misstrauen gegen die deutsche Opposition hervorzurufen. Die Koalition und die Regierung empfehlen sich dem Westen allzu gern als die einzigen verlässlichen Gralshüter westlicher und abendländischer Werte; wer ihrer Politik widerspricht, wird von ihnen als "Antieuropäer" abgestempelt. Nun kann man wohl ein guter und vielleicht sogar ein besserer Westler oder Europäer sein, ohne dass man die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen befürwortet. Gerade der Widerstand gegen die Einschaltung der Bundesrepublik in das Wettrüsten nährt sich aus gut fundierten westlichen und europäischen Überzeugungen. Ein zu beiden Seiten der Elbe mit den schrecklichsten Vernichtungsmitteln ausgerüstetes Deutschland muss in der Folgezeit zu einem schweren Alpdruck für Europa und die Welt werden und durch sein blosses Gewicht all die Kräfte auf den Plan rufen, die der Zerstörung und nicht dem Frieden dienen.

Ein Lob dem USA-Senator, der erkannt hat, dass der Widerstand gegen das Wettrüsten, an dem sich nun nach dem Willen der Regierung auch die Bundesrepublik beteiligen soll, mit antiwestlicher oder neutralistischer Grundhaltung nichts zu tun hat. Der "Rheinische Merkur" könnte sich an Senator Green ein Beispiel nehmen.

* * *